



16.09.2025

Stellungnahme der DPolG Bremen zur geplanten Einführung einer 41-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Bremen lehnt die vorgesehene Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 41 Stunden entschieden ab.

Eine solche Maßnahme bringt keinen erkennbaren Mehrwert für den öffentlichen Dienst, verursacht aber spürbare Nachteile für die Beschäftigten:

- Minimaler Effekt auf die Gesamtleistung: Eine Stunde mehr pro Woche entspricht gerade einmal 2,5 % zusätzlicher Arbeitszeit. Dieser Mini-Gewinn rechtfertigt in keiner Weise den erheblichen Eingriff in die Freizeit und Lebensplanung der Kolleginnen und Kollegen.
- Reallohnverlust für Teilzeitkräfte: Beschäftigte, die in Teilzeit arbeiten, verlieren faktisch an Einkommen pro Stunde. Damit wird insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert – und genau hier hat sich die Polizei Bremen bisher als familienfreundlicher Arbeitgeber hervorgetan.
- Sinkende Attraktivität des öffentlichen Dienstes: In Zeiten massiven Fachkräftemangels ist eine Arbeitszeitverlängerung das falsche Signal. Junge Bewerberinnen und Bewerber erwarten moderne Arbeitszeitmodelle, keine Rückkehr in überholte Strukturen.
- Digitalisierung als Schlüssel: Durch gezielte Investitionen in moderne Technik, bessere Softwarelösungen und digitale Abläufe kann deutlich mehr Arbeitskraft freigesetzt werden, als es eine einzelne Stunde Mehrarbeit je leisten könnte. Hier liegt der wahre Hebel, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Polizei zu steigern – effizient, nachhaltig und im Sinne der Beschäftigten.



16.09.2025

- Produktivität steigt nicht durch Mehrarbeit: Eine zusätzliche Stunde Arbeitszeit pro Woche bedeutet nicht automatisch eine höhere Leistung. Studien belegen, dass Mehrarbeit ab einem bestimmten Punkt zu sinkender Produktivität führt. Belastung, Erschöpfung und Unzufriedenheit nehmen zu, die Konzentrationsfähigkeit sinkt – Fehler und Krankheitsausfälle häufen sich.

Die faktische Mehrbelastung durch eine 41-Stunden-Woche wird in der Praxis also zu mehr Ausfällen führen. Jede Stunde, die rechnerisch „gewonnen“ wird, verpufft damit durch Krankheitstage, Überlastung und sinkende Motivation. Im Ergebnis verschlechtert sich die tatsächliche Leistungsbilanz sogar.

Die DPolG Bremen fordert daher, an den 40 Stunden festzuhalten und stattdessen auf moderne und nachhaltige Lösungen zu setzen:

- Ausbau von mobilem Arbeiten,
- flexiblere Arbeitszeitmodelle,
- bessere technische und organisatorische Ausstattung,
- sowie die gezielte Möglichkeit für Teilzeitkräfte, ihre Stundenzahl freiwillig zu erhöhen.

Nur so kann die Polizei Bremen auch künftig ein attraktiver Arbeitgeber bleiben und dem eigenen Anspruch „Familie und Beruf“ gerecht werden.